Energieministerkonferenz

Der Geist von Brunsbüttel

[11.11.2024] Die Energieministerkonferenz in Brunsbüttel hat mit der „Brunsbütteler Erklärung“ einen deutlichen Appell an die Bundesregierung verabschiedet: Die Ministerinnen und Minister fordern spürbare Entlastungen bei den Strompreisen, eine zügige Umsetzung der Gesetze und eine klare Strategie für erneuerbare Energien und Biomasse.

Die diesjährige Herbst-Energieministerkonferenz der Länder, die am 8. Dezember 2024 in Brunsbüttel unter dem Vorsitz Schleswig-Holsteins stattfand, endete mit einer klaren Botschaft: Deutschland muss seine Anstrengungen für die Energiewende und den Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft konsequent fortsetzen. In der verabschiedeten „Brunsbütteler Erklärung“ fordern die Energieministerinnen und -minister die Bundesregierung und den Bundestag auf, trotz der anstehenden Neuwahlen wichtige gesetzliche Entscheidungen nicht zu verzögern. Ziel sei es, Brüche im Transformationsprozess zu vermeiden und Planungssicherheit für Wirtschaft und Industrie zu gewährleisten.

Energiepreise und Netzentgelte im Fokus

Die Konferenz betonte die Bedeutung der Senkung der Netzentgelte, um die Strompreise für Verbraucher und Unternehmen zu stabilisieren. Schleswig-Holsteins Energiewendeminister Tobias Goldschmidt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte: „Die Länder stehen geschlossen hinter der Energiewende. Die Beratungen in Brunsbüttel waren von einer guten Kompromissbereitschaft getragen – über alle Länder- und Parteigrenzen hinweg.“ Goldschmidt unterstützte den Vorschlag der Bundesregierung zur kurzfristigen Senkung der Netzentgelte und rief dazu auf, den Geist der Beratungen von Brunsbüttel mit nach Berlin zu nehmen.

Wichtige Vorhaben für die Energiewende

Ein zentrales Thema der Konferenz war die notwendige Beschleunigung von Schlüsselprojekten: Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll mindestens auf dem heutigen Niveau gehalten werden. Dazu gehört auch eine bessere Anpassung des Energiemarktes an die volatile Einspeisung von Wind- und Sonnenenergie. Sachsen-Anhalts Energieminister Armin Willingmann (SPD) wies auf die wirtschaftlichen Herausforderungen hin und forderte, politische Verzögerungen zu vermeiden: „Von Brunsbüttel geht heute ein klares Signal an die Bundespolitik aus, dass wir uns angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen keine politischen Spielchen leisten können.“ Er betonte die Bedeutung stabiler Strompreise für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Strategie für Bioenergie und neue Kraftwerke

Die Konferenz forderte zudem ein rasches Handeln bei der Umsetzung der Biomassestrategie. Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) forderte den Bund auf, die Ausschreibungen für wasserstofffähige Gaskraftwerke zu beschleunigen. „Die ersten Ausschreibungen müssen bereits Anfang 2025 starten. Wir brauchen bis 2031 einen verlässlichen Zubau von 17 bis 21

Gigawatt Kraftwerksleistung“, so Aiwanger. Die Bioenergie müsse mit einem deutlich erhöhten Ausschreibungsvolumen gesichert werden, um die Strom- und Wärmeversorgung langfristig zu stabilisieren.

Zusammenarbeit und Dynamik für die Zukunft

Die Energieministerinnen und -minister sprachen sich für eine Flexibilisierung der Energienutzung aus, um die Effizienz zu steigern. Größere Stromverbraucher wie E-Autos und Wärmepumpen sollen Anreize erhalten, Energie zu nutzen, wenn viel erneuerbare Energie verfügbar ist. Ziel ist eine dynamische Anpassung der Strompreise, die diese Verhaltensweise fördert. Die Konferenz betonte die Bedeutung des Kraftwerkssicherheitsgesetzes mit einem Kapazitätsmechanismus, um sicherzustellen, dass neue Kraftwerke gebaut werden, die einspringen, wenn erneuerbare Energien nicht ausreichen.

(al)

Stichwörter: Politik, Brunsbüttel, Energieministerkonferenz